

Ortsgemeinde Halsdorf

Bebauungsplan "Freiflächenphotovoltaikanlage"

Textfestsetzungen

A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Als Art der baulichen Nutzung wird für das Plangebiet ein Sonstiges Sondergebiet i.S.d. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung "Freiflächenphotovoltaikanlage" festgesetzt.

Gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO sind im sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Freiflächenphotovoltaikanlage" folgende Nutzungen zugelassen: zulässig sind die Errichtung und der Betrieb von aufgeständerten Freiflächenphotovoltaik-Modulen; ohne Baugründungs- und Baufundamente zum Zweck der Stromgewinnung aus Sonnenenergie einschließlich der für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen (Auf- und Übergabestation, Speicher); zulässig sind die für den Anlagenbetrieb erforderlichen Erschließungen.

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Die Trafo- und Übergabestation ist eine Grundfläche von max. 50 m² je Speicher 100 m² zulässig. Die Höhe dieses Gebäudes, gemessen zwischen der Geländeoberfläche und der Oberkante der Gebäude darf max. 3,5 m betragen.

Für die Modulfläche als projizierte überbaute Fläche, einsch. der Nebenanlagen, wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,65 festgesetzt.

Für die Aufstellung der Modulfläche und Nebenanlagen wird i.V.m. §9(1)20 BauGB eine max. Versiegelung von 180 m² der Sondergebietsfläche festgesetzt.

Die Modulflächen werden gem. § 9 (1)1 BauGB i. V. m. § 18(2), (4) u. 18(1) BauNVO entsprechend der Einteilung in der Nutzungsschablone (siehe Planzeichnung) festgesetzt. Die Mindesthöhe der Module muss 1,0 m betragen.

Die Höhen werden gemessen von der Geländeoberfläche lotrecht zur Modulfläche in Modulmitte.

Nebenanlagen nach § 14(1) i.V. mit § 23(5) BauNVO sind als untergeordnete Nebenanlagen im Zusammenhang mit dem Unterhalt der Flächen und für Ver- und Entsorgung, Steuerung bzw. Sicherung und Überwachung der Anlage zugelassen.

Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 (3) BauNVO) Die überbaubaren Grundstücksflächen werden entsprechend der Planzeichnung durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO bestimmt.

Führung von oberirdischen oder unterirdischen Versorgungsanlagen und -leitungen (§ 9 (1) Nr. 13 BauGB) Die Versorgungsanlagen mit ihren Schutzstreifen sind in der Planzeichnung nachrichtlich dargestellt.

Gründungs- / Landespflegerische Festsetzungen

Allgemeine Festsetzungen Im Bebauungsplan werden Flächen für die Anpflanzung von Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt.

Eine fachgerechte Pflanzung bzw. Einsatz Bodenerverbesserungs- sowie Pflanzenschutzmaßnahmen mit ein. Ausgefällene Gehölze sind spätestens in der darauffolgenden Pflanzperiode zu ersetzen.

Für alle zu pflanzenden Sträucher werden, wenn nicht gesondert aufgeführt, folgende Mindestanforderungen vorgeschrieben:

- heimische Sträucher: 2 verpflanzte, ohne Ballen, 100-125 cm hoch

Bei den im Rahmen der gründerischen Vorgaben festgesetzten Pflanzungen sind soweit nicht anders festgesetzt mindestens 50 % der Gesamtplananzahl aus den in den Planzeilen aufgeführten Arten zu verwenden.

Vermeidungsmaßnahmen

- V1 Baubeginn im Herbst/Winter
- V2 Durchführung der Baumaßnahmen ohne längere Unterbrechungen
- V3 Nachlicher Baustopp und eine nächtliche Betriebsruhe
- V4 Baustelle nachts nicht beleuchten
- V5 Beschränkung der baubedingten Flächenbeanspruchung auf ein Minimum
- V6 Vermeidung von größeren Erdmassenbewegungen sowie von Veränderungen der Oberflächenformen
- V7 Vermeidung von Bauarbeiten bei anhaltender Bodenässe
- V8 Ordnungsgemäßer Umgang mit wassergefährdenden Stoffen: Während der Durchführung der Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass keine wassergefährdenden Stoffe (Öle, Treibstoffe, Fette etc.) in den Boden oder in das Grundwasser gelangen
- V9 Sorgfältige Entsorgung von Restbaustoffen.

Festsetzungen über Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Plangebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) sowie über Flächen zum Anpflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)

Kompensationsmaßnahmen (KM)

Zum Ausgleich der Beeinträchtigungen wird folgende Maßnahme durchgeführt:

- KM 1: Entwicklung von Magerwiesen unter den PV-Modulen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

• Nachfolgende Maßnahmenbeschreibung orientiert sich an den Empfehlungen von VAHLE (2015) und BIEDERMANN & WERNING-RADTKE (2008).

EinsatzNachsaat: Im ersten Schritt ist eine Nachsaat mit regionalem Saatgut für die Entwicklung einer mäßig artenreichen Glattgraswiese durchzuführen. Das passende Saatgut (Kennarten der Glattgraswiese oder passende Saatgutmischung) kann entweder gekauft werden (z.B. Fa. Rieger-Hofmann – Region 5) oder von einer geeigneten Spenderfläche in der Nähe entnommen und auf die Zielfläche übertragen werden (Mähgüterübertragung). Das vorhandene Grünland ist hierbei neu überfrähen. Hierzu ist die Fläche im September kurz zu mähen und das Mähgut muss abgetragen werden. Danach wird die Fläche gestriegelt und das Saatgut verteilt.

Nahd: Ein- bis zweischichtige Mahd (Abstand zwischen den Schnitten mind. 2 Monate), frühestens ab 30.06., Schnitthöhe mind. 10 cm. Das Mähgut darf nicht auf der Fläche verbleiben.

Düngung: Verzicht auf chemisch-synthetische Stickstoffdüngung, Stallmist und Gülle, maximal schwache (<180 dt/ha)

Pflege: Striegeln mit Wiesenzäge oder Wiesentriegel im Frühjahr

Beweidung: kurze Beweidung vor dem ersten Aufwuchs im Frühjahr oder nach dem letzten Schnitt im Herbst möglich. Das Mähen der Flächen ist untersagt.

KM 2: Randliche Eingrünung (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)

Entsprechend der Planzeichnung (Flächen zum Anpflanzen) ist eine randliche Eingrünung (Strauchpflanzung) anzulegen. Die Strauchpflanzung ist an der Außenseite der Zuananlage anzulegen.

Der max. Abstand der Sträucher in der Reihe beträgt 1,5 m, der max. Abstand der Reihe weist 1,0 m auf. Ausgefällene Sträucher sind nachzupflanzen.

Die Pflanzung wird als „gleichschenkliger Dreiecksverband“ ausgeführt: Die Pflanz benachbarter Reihen stehen versetzt, also „auf Lücke“ und bilden ein gleichseitiges Dreieck.

Die randliche Eingrünung darf für eine Zufahrt in einer Breite von 5,0 m je Planbereich unterbrochen werden. Für die Freistellung der Meste sind Unterbrechungen von 10,0 m zulässig.

Die festgesetzte randliche Eingrünung ist fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Rückschnitte der Gehölzpflanzungen sind nur bis auf eine Höhe von 2,50 Meter ab Bodenoberkante innerhalb der gesetzlichen Fristen (Oktober – Ende Februar) zulässig.

Der Abstand von der Hecke zu den Nachbargrundstücken muss mindestens 1,5 m betragen, damit die Hecke nicht stärker als die geplanten 3,0 m zurückgeschnitten werden muss. Die 3,0 m Heckbreite muss immer bestehen bleiben. Rückhaltmatten sind so anzulegen, dass angrenzende vorgesehene oder vorhandene Hecken nicht beeinträchtigt werden.

Pflanzenwahl/Pflanzenqualität

Im Folgenden wird eine Auswahl von nicht giftigen Pflanzen gegeben. Sie dient der Orientierung und kann um Arten erweitert werden, die vergleichbare Qualität und Eignung haben.

Prunus spinosa – Schlehe, verpflanzt (verpfl.), ohne Ballen (o.B.), 3 Triebe (3 TR), Sortierung 60-100 cm

Crataegus monogyna – Weissdorn, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Salix purpurea – Purpur-Weide, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Cornus mas – Kornelkirsche, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Corylus avellane – Haselnuss, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Corpinus betulus – Hainbuche, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Hinweise: KM 3: CEF-Maßnahme für die Felderliche

Bliüh- und Brachestreifen Für jedes zu kompensierende Revier wird ein Blühstreifen von 6 bis 10 m Breite und eine angrenzenden Schwarzbuche von ca. 3 m Breite auf 100 m Länge festgesetzt. Die Ansaat erfolgt lückig. Um vielfältige Strukturen zu entwickeln Blühzeiten zu verlängern, sind alternierende Pflegeschritte auf ca. 50 % der Fläche erforderlich. Es sind damit insgesamt 19 Blüh- und Schwarzbuchstreifen anzulegen (1 Blüh- und Schwarzbuchstreifen pro ha).

Textfestsetzungen

A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Als Art der baulichen Nutzung wird für das Plangebiet ein Sonstiges Sondergebiet i.S.d. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung "Freiflächenphotovoltaikanlage" festgesetzt.

Gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO sind im sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung "Freiflächenphotovoltaikanlage" folgende Nutzungen zugelassen: zulässig sind die Errichtung und der Betrieb von aufgeständerten Freiflächenphotovoltaik-Modulen; ohne Baugründungs- und Baufundamente zum Zweck der Stromgewinnung aus Sonnenenergie einschließlich der für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen (Auf- und Übergabestation, Speicher); zulässig sind die für den Anlagenbetrieb erforderlichen Erschließungen.

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Die Trafo- und Übergabestation ist eine Grundfläche von max. 50 m² je Speicher 100 m² zulässig. Die Höhe dieses Gebäudes, gemessen zwischen der Geländeoberfläche und der Oberkante der Gebäude darf max. 3,5 m betragen.

Für die Modulfläche als projizierte überbaute Fläche, einsch. der Nebenanlagen, wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,65 festgesetzt.

Für die Aufstellung der Modulfläche und Nebenanlagen wird i.V.m. §9(1)20 BauGB eine max. Versiegelung von 180 m² der Sondergebietsfläche festgesetzt.

Die Modulflächen werden gem. § 9 (1)1 BauGB i. V. m. § 18(2), (4) u. 18(1) BauNVO entsprechend der Einteilung in der Nutzungsschablone (siehe Planzeichnung) festgesetzt. Die Mindesthöhe der Module muss 1,0 m betragen.

Die Höhen werden gemessen von der Geländeoberfläche lotrecht zur Modulfläche in Modulmitte.

Nebenanlagen nach § 14(1) i.V. mit § 23(5) BauNVO sind als untergeordnete Nebenanlagen im Zusammenhang mit dem Unterhalt der Flächen und für Ver- und Entsorgung, Steuerung bzw. Sicherung und Überwachung der Anlage zugelassen.

Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 (3) BauNVO) Die überbaubaren Grundstücksflächen werden entsprechend der Planzeichnung durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO bestimmt.

Führung von oberirdischen oder unterirdischen Versorgungsanlagen und -leitungen (§ 9 (1) Nr. 13 BauGB) Die Versorgungsanlagen mit ihren Schutzstreifen sind in der Planzeichnung nachrichtlich dargestellt.

Gründungs- / Landespflegerische Festsetzungen

Allgemeine Festsetzungen Im Bebauungsplan werden Flächen für die Anpflanzung von Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt.

Eine fachgerechte Pflanzung bzw. Einsatz Bodenerverbesserungs- sowie Pflanzenschutzmaßnahmen mit ein. Ausgefällene Gehölze sind spätestens in der darauffolgenden Pflanzperiode zu ersetzen.

Für alle zu pflanzenden Sträucher werden, wenn nicht gesondert aufgeführt, folgende Mindestanforderungen vorgeschrieben:

- heimische Sträucher: 2 verpflanzte, ohne Ballen, 100-125 cm hoch

Bei den im Rahmen der gründerischen Vorgaben festgesetzten Pflanzungen sind soweit nicht anders festgesetzt mindestens 50 % der Gesamtplananzahl aus den in den Planzeilen aufgeführten Arten zu verwenden.

Vermeidungsmaßnahmen

- V1 Baubeginn im Herbst/Winter
- V2 Durchführung der Baumaßnahmen ohne längere Unterbrechungen
- V3 Nachlicher Baustopp und eine nächtliche Betriebsruhe
- V4 Baustelle nachts nicht beleuchten
- V5 Beschränkung der baubedingten Flächenbeanspruchung auf ein Minimum
- V6 Vermeidung von größeren Erdmassenbewegungen sowie von Veränderungen der Oberflächenformen
- V7 Vermeidung von Bauarbeiten bei anhaltender Bodenässe
- V8 Ordnungsgemäßer Umgang mit wassergefährdenden Stoffen: Während der Durchführung der Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass keine wassergefährdenden Stoffe (Öle, Treibstoffe, Fette etc.) in den Boden oder in das Grundwasser gelangen
- V9 Sorgfältige Entsorgung von Restbaustoffen.

Festsetzungen über Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Plangebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) sowie über Flächen zum Anpflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)

Kompensationsmaßnahmen (KM)

Zum Ausgleich der Beeinträchtigungen wird folgende Maßnahme durchgeführt:

- KM 1: Entwicklung von Magerwiesen unter den PV-Modulen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

• Nachfolgende Maßnahmenbeschreibung orientiert sich an den Empfehlungen von VAHLE (2015) und BIEDERMANN & WERNING-RADTKE (2008).

EinsatzNachsaat: Im ersten Schritt ist eine Nachsaat mit regionalem Saatgut für die Entwicklung einer mäßig artenreichen Glattgraswiese durchzuführen. Das passende Saatgut (Kennarten der Glattgraswiese oder passende Saatgutmischung) kann entweder gekauft werden (z.B. Fa. Rieger-Hofmann – Region 5) oder von einer geeigneten Spenderfläche in der Nähe entnommen und auf die Zielfläche übertragen werden (Mähgüterübertragung). Das vorhandene Grünland ist hierbei neu überfrähen. Hierzu ist die Fläche im September kurz zu mähen und das Mähgut muss abgetragen werden. Danach wird die Fläche gestriegelt und das Saatgut verteilt.

Nahd: Ein- bis zweischichtige Mahd (Abstand zwischen den Schnitten mind. 2 Monate), frühestens ab 30.06., Schnitthöhe mind. 10 cm. Das Mähgut darf nicht auf der Fläche verbleiben.

Düngung: Verzicht auf chemisch-synthetische Stickstoffdüngung, Stallmist und Gülle, maximal schwache (<180 dt/ha)

Pflege: Striegeln mit Wiesenzäge oder Wiesentriegel im Frühjahr

Beweidung: kurze Beweidung vor dem ersten Aufwuchs im Frühjahr oder nach dem letzten Schnitt im Herbst möglich. Das Mähen der Flächen ist untersagt.

KM 2: Randliche Eingrünung (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)

Entsprechend der Planzeichnung (Flächen zum Anpflanzen) ist eine randliche Eingrünung (Strauchpflanzung) anzulegen. Die Strauchpflanzung ist an der Außenseite der Zuananlage anzulegen.

Der max. Abstand der Sträucher in der Reihe beträgt 1,5 m, der max. Abstand der Reihe weist 1,0 m auf. Ausgefällene Sträucher sind nachzupflanzen.

Die Pflanzung wird als „gleichschenkliger Dreiecksverband“ ausgeführt: Die Pflanz benachbarter Reihen stehen versetzt, also „auf Lücke“ und bilden ein gleichseitiges Dreieck.

Die randliche Eingrünung darf für eine Zufahrt in einer Breite von 5,0 m je Planbereich unterbrochen werden. Für die Freistellung der Meste sind Unterbrechungen von 10,0 m zulässig.

Die festgesetzte randliche Eingrünung ist fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Rückschnitte der Gehölzpflanzungen sind nur bis auf eine Höhe von 2,50 Meter ab Bodenoberkante innerhalb der gesetzlichen Fristen (Oktober – Ende Februar) zulässig.

Der Abstand von der Hecke zu den Nachbargrundstücken muss mindestens 1,5 m betragen, damit die Hecke nicht stärker als die geplanten 3,0 m zurückgeschnitten werden muss. Die 3,0 m Heckbreite muss immer bestehen bleiben. Rückhaltmatten sind so anzulegen, dass angrenzende vorgesehene oder vorhandene Hecken nicht beeinträchtigt werden.

Pflanzenwahl/Pflanzenqualität

Im Folgenden wird eine Auswahl von nicht giftigen Pflanzen gegeben. Sie dient der Orientierung und kann um Arten erweitert werden, die vergleichbare Qualität und Eignung haben.

Prunus spinosa – Schlehe, verpflanzt (verpfl.), ohne Ballen (o.B.), 3 Triebe (3 TR), Sortierung 60-100 cm

Crataegus monogyna – Weissdorn, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Salix purpurea – Purpur-Weide, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Cornus mas – Kornelkirsche, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Corylus avellane – Haselnuss, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Corpinus betulus – Hainbuche, verpfl., o.B., 3 TR, 100-150 cm

Hinweise: KM 3: CEF-Maßnahme für die Felderliche

Bliüh- und Brachestreifen Für jedes zu kompensierende Revier wird ein Blühstreifen von 6 bis 10 m Breite und eine angrenzenden Schwarzbuche von ca. 3 m Breite auf 100 m Länge festgesetzt. Die Ansaat erfolgt lückig. Um vielfältige Strukturen zu entwickeln Blühzeiten zu verlängern, sind alternierende Pflegeschritte auf ca. 50 % der Fläche erforderlich. Es sind damit insgesamt 19 Blüh- und Schwarzbuchstreifen anzulegen (1 Blüh- und Schwarzbuchstreifen pro ha).

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss

Die Ortsgemeinde Halsdorf hat am 21.05.2019 gemäß § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes "Freiflächenphotovoltaikanlage" in öffentlicher Sitzung beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 01.06.2019 förmlich bekannt gemacht.

Halsdorf, den 10.02.2022

gez. Berthold Heck, Ortsbürgermeister

Satzungsbeschluss

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Halsdorf hat am 07.02.2022 den Bebauungsplan "Freiflächenphotovoltaikanlage" gem. § 2 des Bebauungsplans "Freiflächenphotovoltaikanlage" in öffentlicher Sitzung beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 01.06.2019 förmlich bekannt gemacht.

Halsdorf, den 10.02.2022

gez. Berthold Heck, Ortsbürgermeister

Bekanntmachung

Der Bebauungsplan ist nicht genehmigungspflichtig. Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplan ist am 03.06.2023 gem. § 10 (3) BauGB förmlich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis, dass die Planung während der Arbeitsstunden bei der Verbandsgemeindeverwaltung Bittburg-Land von Jedermann eingesehen werden kann. Mit dieser Bekanntmachung wurde die Bebauungsplanänderung

Halsdorf, den 10.02.2022

gez. Berthold Heck, Ortsbürgermeister

Bekanntmachung

Der Bebauungsplan ist nicht genehmigungspflichtig. Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplan ist am 03.06.2023 gem. § 10 (3) BauGB förmlich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis, dass die Planung während der Arbeitsstunden bei der Verbandsgemeindeverwaltung Bittburg-Land von Jedermann eingesehen werden kann. Mit dieser Bekanntmachung wurde die Bebauungsplanänderung

Halsdorf, den 10.02.2022

gez. Berthold Heck, Ortsbürgermeister

Vorgezogene Bürgerbeteiligung und Anhörung der Träger öffentlicher Belange

Die vorgezogene Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 14.12.2021 bis einschließlich 10.01.2022 zu Jedermanns Einsicht öffentlich auslegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 27.11.2021 mit dem Hinweis förmlich bekannt gemacht, dass Stellungnahmen zu dem Bebauungsplanentwurf während der Auslegungsfrist vorgetragen werden können. In dieser Bekanntmachung wurde zudem den weiteren Hinweisbestimmungen nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB nachgekommen. Den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom 01.12.2021 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Halsdorf, den 10.02.2022

gez. Berthold Heck, Ortsbürgermeister

Ausfertigung

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplanes mit dem Willen der Ortsgemeinde Halsdorf sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden bekundet.

Halsdorf, den 10.02.2022

gez. Berthold Heck, Ortsbürgermeister

Anordnung der Bekanntmachung

Die ortsübliche Bekanntmachung wird nach Maßgabe des § 10 BauGB angeordnet.

Halsdorf, den 10.02.2022

gez. Berthold Heck, Ortsbürgermeister

Offenlegung und Beteiligung der Behörden

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzungen hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB auf der Dauer eines Monats in der Zeit vom 08.12.2021 bis einschließlich 10.01.2022 zu Jedermanns Einsicht öffentlich auslegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 27.11.2021 mit dem Hinweis förmlich bekannt gemacht, dass Stellungnahmen zu dem Bebauungsplanentwurf während der Auslegungsfrist vorgetragen werden können. In dieser Bekanntmachung wurde zudem den weiteren Hinweisbestimmungen nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB nachgekommen. Den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom 01.12.2021 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Halsdorf, den 10.02.2022

gez. Berthold Heck, Ortsbürgermeister

Anordnung der Bekanntmachung

Die ortsübliche Bekanntmachung wird nach Maßgabe des § 10 BauGB angeordnet.

Halsdorf, den 10.02.2022

gez. Berthold Heck, Ortsbürgermeister

Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147)
- Baumordnung (BaunVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)
- Planzielterverordnung (PlanZV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802)
- Landesbauregierung Rheinland-Pfalz (LBAuO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147)
- Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (LUVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.12.2015 (GVBl. S. 516), letzte berücksichtigte Änderung: §§ 3 und 6 geändert (Art. 9 Ges. v. 13.11.2019 (GVBl. S. 425))
- Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274, ber. 2021 S. 123), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 24.09.2021 (BGBl. I S. 4458)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 18.08.2021 (BGBl. I S. 3908)
- Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287)
- Landeskompetenzverordnung (LKomPV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.08.2018 (GVBl. S. 160)
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 18.08.2021 (BGBl. I S. 3901)
- Landeswassergesetz (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.2015 (GVBl. S. 543)
- Denkmalschutzgesetz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.03.1978 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543)
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 4 des Gesetzes vom 17.12.2020 (GVBl. S. 728)
- Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.06.2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147)
- Landesstraßengesetz Rheinland-Pfalz (LStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.08.1977, letzte berücksichtigte Änderung: §§ 5 und 9 geändert, §§ 11a und 36a neu eingefügt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543)

jeweils in der zuletzt geltenden Fassung.

Legende

Art der baulichen Nutzung

§9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§1 bis 11 BauNVO

§11 BauNVO

Sonstige Sondergebiete

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

§9 (1) Nr.2 BauGB, §§22 und 23 BauNVO

Baugrenze

Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen

§9 Abs.1 Nr.13 und Abs.6 BauGB

oberirdisch

Schutzstreifen Leitung

Grünflächen

§9 Abs.1 Nr.15 und Abs.6 BauGB

Grünflächen

Wasserflächen, Flächen für die Wasserwirtschaft, Hochwasserschutz

§9 Abs.1 Nr.16 und Abs.6 BauGB

Wasserflächen